

Abschiebungen stoppen! Geflüchtete aufnehmen!



Wer flieht, hat Gründe. Da die Industrieländer maßgeblich verantwortlich sind für die Weltlage und von ihr profitieren, haben sie auch die Verantwortung für Geflüchtete. Die Ziele der niedersächsischen Landesregierung, die sich "auf der Bundesebene für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einsetzen" will (S. 13) und Initiativen auf Bundesebene unterstützt, um "Abschiebehaft überflüssig zu machen" (S. 15), sind selbstverständlich unzureichend, denn sie verbleiben im Rahmen dieser Gesellschaft, deren Freiheit nur ökonomische Konkurrenz und deren Gleichheit rechtsstaatliche Formalität ist. Zumindest die formale Gleichheit sollte mit der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes eingehalten werden. Abschiebehaft ist überflüssig und Abschiebungen sind es auch.

Es kann in dieser Gesellschaft keinen Freiraum geben, der unserer Utopie - einem Leben ohne Kapitalismus, Nationalstaaten, Sexismus, Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus - entspricht. Dennoch gibt es sehr wohl einen engen Spielraum für Veränderungen, wie z.B. Mindestlöhne, Versammlungsrechte, Frauenquoten, Lagerschließungen und NPD-Verbote, den wir nutzen wollen, um hier und jetzt zu (über-)leben. Also:

Antirassistischer Block auf der IMK-Demo am 30.11.2013 (OS)

Innenministerkonferenz in Osnabrück? Let's push things forward!

Lager schließen! Residenzpflicht abschaffen! Abschiebungen stoppen!



Vom 4. bis 6. Dezember 2013 findet in Osnabrück die Innenministerkonferenz statt. Auf der großen Demonstration des 'Kein Frieden mit der IMK'-Bündnisses gibt es unseren antirassistischen Block, der aktuelle Migrationspolitiken kritisiert. Die rot-grüne Landesregierung hat angekündigt sich bundesweit für eine Wende in der Migrationspolitik einzusetzen. Für Innenminister Boris Pistorius wäre die IMK in Osnabrück eine Gelegenheit dazu. Es gilt nicht nur abzuwarten was die Politik umsetzt, sondern die Ankündigungen selbst und ihre Umsetzung mit Kritik zu begleiten, voranzutreiben und unsere Forderungen und Utopie in die Öffentlichkeit zu tragen.

Antirassistischer Block auf der IMK-Demo am 30.11.2013 (OS)

No Lager Osnabrück

lagerhesepe.blogspot.eu ★ keinfriedenmitderimk.noblogs.org

Lager schließen! Wohnungen!



Menschen fliehen aus kriegführenden Staaten, die Deutschland beliefert. Menschen fliehen aus Armutsgebieten, an denen das Kapital verdient. Menschen fliehen vor sexistischer u.a. Unterdrückung, und zwar weltweit. Es ist nicht hinnehmbar, dass diejenigen, die es trotz aller Abschottungen schaffen Europa zu erreichen, hier wiederum in Lagern leben müssen. Trotz Empörung über die Toten im Mittelmeer wird nur zögerlich reagiert. Über zehn Jahre, nachdem in Niedersachsen von einer SPD-Regierung Flüchtlingslager eingeführt wurden, heißt es im neuen rot-grünen Koalitionsvertrag: *"Die rot-grüne Koalition verfolgt die Schließung der Landesaufnahmeeinrichtungen als Gemeinschaftsunterkünfte und Ausreisezentren – und wird sie nur als Aufnahmeeinrichtungen gestalten. In den Kommunen soll schnellstmöglich eine Wohnungsunterbringung organisiert werden"* (S. 13).

So richtig es ist, dass Niedersachsen das Konzept der Lagerunterbringung endlich aufgibt, so unbefriedigend ist der Wechsel vom Lager in Heime, die nach wie vor aufgezwungene Gemeinschaftsunterkünfte sind. Allerdings verlagert sich damit die Auseinandersetzung unmittelbar in die Kommunen. Zudem gibt es immer noch Bundesländer, die an der Lagerunterbringung festhalten.

Residenzpflicht abschaffen!



Im Verlauf der letzten Jahre, die von einer verstärkten Selbstorganisation der Geflüchteten geprägt sind, hat sich einiges getan. Bis auf Thüringen, Bayern, Hessen und Sachsen haben alle Bundesländern die Residenzpflicht (Bewegungsbeschränkung) für Asylsuchende auf das Gebiet des jeweiligen Bundeslandes ausgedehnt. Das ist nicht genug. Dringend nötig ist die Aufhebung des Zwangsgesetzes, das den Geflüchteten die Bewegungsfreiheit in der Bundesrepublik verwehrt. Im Koalitionsvertrag der rot-grünen Regierung Niedersachsen steht mittlerweile:

"Die rot-grüne Koalition wird sich auf Bundesebene für die Aufhebung der räumlichen Beschränkung des Aufenthalts (Residenzpflicht) von Asylberechtigenden einsetzen. Mit unseren Nachbarländern wollen wir länderübergreifende Regelungen u.a. zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen vereinbaren" (S. 13).

Für uns kann Abschaffung der Residenzpflicht nur bedeuten alle Bewegungsbeschränkungen für die ganze BRD aufzuheben. Mit den Protesten in Berlin und an anderen Orten, mit bundesweiten Märschen von Flüchtlingslager zu Flüchtlingslager haben die Betroffenen selbst dem Aufenthaltsgesetz ganz praktisch den Gehorsam aufgekündigt. Höchste Zeit, dass dieses Sondergesetz endlich wieder zurückgenommen wird.